

Statements zur Konjunkturumfrage Frühsommer 2017 Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben Konjunkturexperte Dirk Schlotböller

Starke Konjunktur, Fachkräfte fehlen

(Martin Wansleben)

Der **Aufschwung verfestigt sich**. Im Frühsommer 2017 **realisieren sich die positiven Erwartungen** vom Jahresbeginn – und zwar in der Breite der Wirtschaft. Die **Unternehmen trotzen derzeit den internationalen Krisen**. Sie erwarten sogar nochmals **bessere Geschäfte – im Inland wie im Ausland**. Die Unternehmen wollen hierzulande **mehr investieren und weiter Beschäftigung aufbauen**.

Der **DIHK erhöht daher seine Prognose für das laufende Jahr auf 1,8%** (Prognose zu Jahresbeginn: 1,6%), **auch wenn viele Risiken fortbestehen**. Hätten wir in diesem Jahr so viele Arbeitstage wie 2016, würde das Wachstum sogar knapp über 2% liegen (Kalendereffekt: -0,3 Prozentpunkte).

Auch die **Beschäftigung wächst weiter kräftig**. 2017 erwartet der DIHK eine halbe Million neue Stellen (Prognose zu Jahresbeginn: 350.000). Es könnten noch mehr sein. Allerdings **zementiert sich der Fachkräftemangel als Top-Risiko**. Erstmals **sorgt sich mehr als jedes zweite Unternehmen um die Fachkräftesicherung**. Betriebe in weiten Teilen Deutschlands finden nicht mehr die nötigen Leute, um Aufträge abzuarbeiten. Außerdem führt der Mangel an qualifiziertem Personal dazu, dass weniger als möglich in neue Technologien investiert wird. So wird der Fachkräftemangel zum echten Wachstumshemmnis.

Es ist **kein Selbstläufer**, die gute konjunkturelle Entwicklung auch in den nächsten Jahren halten zu können. Die **Wirtschaft profitiert schon lange Zeit von Sonderfaktoren** (Zinsen, Öl, Wechselkurs). Das kann sich aber **schnell ins Gegenteil verkehren**. Die gute Konjunktur birgt zudem die Gefahr, dass wir die Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit aus dem Blick verlieren – und damit **Wachstumspotenziale von morgen verspielen**.

Das sind die wesentlichen Ergebnisse der DIHK-Konjunkturumfrage vom Frühsommer 2017. Grundlage sind rund 25.000 Unternehmensantworten, die die Industrie- und Handelskammern ausgewertet haben.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

Die **Lagebewertung verbessert sich nochmals** (Geschäftslagesaldo: 40 nach 38 Punkten; Differenz zwischen Anteil „gut/besser“ und „schlecht/schlechter“). Damit bewerten die Unternehmen ihre **Geschäftslage so gut wie noch nie seit der Wiedervereinigung**. Fast jedes zweite Unternehmen schätzt seine Lage als „gut“ ein (48%). Die Unternehmen sind offensichtlich deshalb zufrieden, weil wir schon lange wachsen, nicht weil wir stark wachsen.

Die **Erwartungen steigen spürbar** (Erwartungssaldo: 16 nach elf Punkten). Dabei nimmt der Anteil der Optimisten zu und der Anteil der Pessimisten ab. Die **Binnenwirtschaft läuft** nach wie vor rund. Der starke Beschäftigungsaufbau und die steigenden Löhne kurbeln den privaten Verbrauch weiter an. Ein Ende des Baubooms ist nicht in Sicht (18 nach elf Punkten).

Die **Industrie gewinnt zunehmend an Stärke** (21 nach 17 Punkten). Der Export trägt in den nächsten Monaten zum Wachstum bei. Die **Erwartungen an das Ausfuhrgeschäft steigen erneut** (24 nach 23 Punkten). Von der Belebung des Welt-handels profitieren auch die deutschen Exporteure. Erfreulich entwickeln sich die Geschäfte mit den Ländern der Europäischen Union (Ausnahme: Vereinigtes Königreich). Auch der Handel mit China dürfte weiter zulegen. In den USA wachsen Konsum und Investitionen kräftig. **All dies kompensiert derzeit die Rückschläge** im Außenhandel mit anderen wichtigen Handelspartnern wie etwa dem Vereinigten Königreich und der Türkei.

Die Stimmungsverbesserung geht damit einher, dass die Unternehmen **momentan weniger Risiken** für ihre Geschäftsentwicklung sehen. Von Euro-Wechselkurs, Zinsen und Ölpreisen kommen derzeit zwar keine zusätzlichen Impulse. Im Langfristvergleich sind sie aber weiterhin günstig:

- Der **Euroaußenwert** ist vergleichsweise niedrig (1,12 US-Dollar/Euro; Schnitt seit 1999: 1,20). Währungsturbulenzen sind unwahrscheinlicher geworden. So sinkt das Wechselkursrisiko aus Sicht der Exportwirtschaft wieder (von 17 auf 15 Prozent).
- **Finanzierungsschwierigkeiten** sehen nach wie vor nur wenige Betriebe als Risiko (wie zuletzt elf Prozent).
- Die Sorgen um die Entwicklung der **Energie- und Rohstoffpreise** entspannen sich trotz steigender Strompreise (31 nach 30 Punkten).

Allerdings können sich diese Sonderfaktoren auch schnell wieder ins Gegenteil verkehren.

Die „**Wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen**“ nennen etwas weniger Betriebe als Geschäftsrisiko (41 nach zuvor 43 Prozent). Bis zur **Bundestagswahl** werden keine größeren Projekte mehr angestoßen. Überraschende Neubelastungen sind daher nicht zu erwarten. Mit der Erhöhung der Sofortabschreibungsgrenze bei geringwertigen Wirtschaftsgütern ist zumindest ein wichtiger Schritt in Richtung Bürokratieabbau gelungen. **Zugleich hoffen die Unternehmen, dass sich einige Befürchtungen bezüglich der internationalen Politik nicht bestätigen** (drastische handelspolitische Maßnahmen der USA, Sorgen um die Stabilität der EU). Der Ausgang der Wahlen in Frankreich und den Niederlanden sprechen für den Fortbestand des europäischen Binnenmarktes. Auch der Kurs der US-Regierung macht zwar vielen Betrieben Sorgen, doch sind den Worten bislang noch kaum Taten gefolgt. Die handelspolitischen Töne fallen weniger aggressiv aus. Das Verhältnis der USA zu China scheint sich zu entspannen.

Weitere **Einbußen** sind hingegen **im Geschäft mit dem Vereinigten Königreich und der Türkei** zu erwarten. Zudem sorgen sich die Unternehmen beispielsweise um Spannungen im italienischen Bankensektor oder in Griechenland. **Besonders problematisch für die deutsche Wirtschaft sind solche Rückschläge**, die nicht nur auf einzelnen Märkten durchschlagen, sondern **global wirken**. Dazu zählen der zunehmende Protektionismus, der die globale Handelsarchitektur gefährdet, und internationale Krisen, die die Investitionsnachfrage weltweit schwächen. Beides hat den Welthandel in den Vorjahren ins Stocken gebracht und der Exportwirtschaft zuletzt zu schaffen gemacht. **Auch künftig drohen von beiden Seiten weiterhin Rückschläge**. Die Wirtschaftspolitik bleibt daher das zweitwichtigste Risiko aus Sicht der Betriebe.

Vorerst überwiegen allerdings die guten **Absatzchancen**. Die Nachfrage aus dem In- und Ausland entwickelt sich erfreulich (Sorgen um die Inlandsnachfrage: 38 nach 40; Auslandsnachfrage: 37 nach 39%). Dementsprechend wollen die Unternehmen **weiterhin kräftig Beschäftigung aufbauen** (Beschäftigungssaldo: neun nach sieben Punkten). Auch die **Investitionen nehmen Fahrt auf**. Die Unternehmen wollen ihre Budgets erneut ausweiten (Investitionssaldo: 17 nach 14 Punkten). Insbesondere Industrie und Bau planen expansiv (21 nach 14 bzw. 15 nach neun Punkten). **Branchenübergreifend dominieren wie üblich Ersatzinvestitionen** (von 66% der Unternehmen als Investitionsmotiv genannt) gegenüber Erweiterungen (30%) und Innovationen (32%).

Gerade die **Bauwirtschaft bewertet ihre Lage so gut wie noch nie** (Lagesaldo: 56 nach 54 Punkten). Selbst zu Zeiten des Baubooms nach der Wiedervereinigung waren die Betriebe nicht so zufrieden wie aktuell (Höchststand 1990: 46 Punkte). Die Frühjahrsbelegung im Baugewerbe hebt auch den **Erwartungssaldo auf einen neuen Rekordwert** (Anstieg um sieben auf 18 Punkte). Der Wohnungsbau profitiert weiterhin von den niedrigen Zinsen, der guten Beschäftigungsentwicklung sowie dem gestiegenen Wohnraumbedarf, gerade in Großstädten. Selbst der lange Zeit gebeutelte **Tiefbau zeigt sich so optimistisch wie nie zuvor** (Saldoanstieg um 21 auf 24 Punkte; im Vorjahresvergleich plus neun Punkte). Die Betriebe profitieren von höheren Infrastrukturinvestitionen – nicht nur bei Straßen und Schienen, sondern auch im Breitbandausbau. Der **Abruf der neu bewilligten Mittel für die Verkehrsinfrastruktur stockt** aber häufig. Die Planungskapazitäten reichen nicht aus. Solange unklar ist, wie lange der Investitionsaufwuchs anhält, sind die planenden Stellen mit der Personalaufstockung zurückhaltend.

Doch nicht alle Branchen haben an dem Aufschwung teil. Die **Finanzwirtschaft erwartet** im Frühsommer 2017 unter dem Strich eine **weitere Verschlechterung** ihrer Geschäfte. Der Pessimismus ist zwar nicht mehr so groß ist wie zu Jahresbeginn. Der Erwartungssaldo steigt, bleibt aber der niedrigste Wert im Branchenvergleich (Anstieg von minus 13 auf minus neun Punkte). Vor allem Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind skeptisch. Mit Abstand größtes Geschäftsrisiko bleiben die „Wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen“ (83 nach zuvor 85 Prozent). Zu schaffen machen den Banken vor allem die Niedrigzinsen, die engmaschige Finanzmarktregulierung und die strukturellen Herausforderungen der Digitalisierung.

Insgesamt erleben wir in Deutschland derzeit eine **bemerkenswert lange Phase ordentlichen Wachstums**. Das sorgt für steigende Beschäftigung, gefüllte Staatskassen und gute Unternehmensgewinne. Die gute Lage darf aber nicht zu **nachlassendem Reformeifer und einem höheren Staatsverbrauch** führen. **Rekorde bei Beschäftigung und Steueraufkommen sind keine Selbstläufer!**

Dirk Schlotböller

Konsum legt wieder zu

Die trotz des Fachkräftemangels bemerkenswert robuste Beschäftigungsentwicklung und die steigenden Löhne kurbeln den privaten Verbrauch weiter an. Die langsam anziehenden Preise schmälern den Konsumspielraum kaum. Die Unternehmen in konsumnahen Branchen zeigen sich nach zwischenzeitlichen Eintrübungen optimistischer als zu Jahresbeginn: In der Konsumgüterindustrie steigt der Erwartungssaldo von 14 auf 17 Punkte, bei den Brauereien sogar auf einen Höchstwert (39 nach zuvor 31 Punkten). Im Gastgewerbe klettert der Saldo von sieben auf 20 Punkte, bei den Reisevermittlern von acht auf 14 Punkte, in der Freizeitwirtschaft wie z. B. Konzertveranstalter, Theater oder Fitnessclubs von 13 auf 19 Punkte, bei sonstigen personenbezogenen Dienstleistern wie Waschsalons, Frisöre oder Kosmetikstudios von zwölf auf 15 Punkte und im KFZ-Handel von elf auf zwölf Punkte. Auch im Einzelhandel kommt Zuversicht auf (von zwei auf sieben Punkte), wenn auch der Erwartungssaldo niedriger als in den anderen Sparten liegt.

Investitionsvertrauen festigt sich

Die Erwartungen verbessern sich in allen industriellen Hauptgruppen. Sowohl bei den Vorleistern als auch bei den Konsumgüterproduzenten steigt der Saldo um drei Punkte (neue Salden: 21 bzw. 17 Punkte). Die traditionell stärker ausschlagenden Erwartungen der Investitionsgüterproduzenten verbessern sich um fünf Punkte (auf 24 Punkte). Optimistischer zeigt sich beispielsweise die Elektroindustrie (30 nach 27 Punkten). Sowohl im In- als auch im Ausland erwarten weniger Elektrohersteller Rückschläge seitens der Nachfrage. Besonders deutlich wächst die Zuversicht im Maschinenbau (von 19 auf 28 Punkte). Auch in dieser Branche entspannen sich aus Sicht der Betriebe die Nachfragerisiken merklich.

Stützen bleiben noch erhalten

Die weltweite expansive Geldpolitik wirkt derzeit noch als Wachstumsstütze. Der allmähliche Ausstieg in den USA hat aber dafür sensibilisiert, dass die Zinsen nicht ewig so niedrig bleiben können. Dies erhöht die Anreize, sich für Investitionsvorhaben günstige Finanzierungsbedingungen zu sichern. In der EU legen Investitionen und infolge der guten Beschäftigungsentwicklung auch der private Konsum zu. Vor allem Spanien fährt seine Reformrendite ein und wächst dynamisch. Die chinesische Wirtschaft läuft dank der massiven Stützungsmaßnahmen der Regierung vorerst wieder besser. Die großen Herausforderungen wie der Abbau von Überkapazitäten sind jedoch längst noch nicht gemeistert. In Russland und Brasilien stehen die Zeichen auf eine allmähliche Erholung. Auch in anderen rohstoffexportierenden Ländern zieht die Konjunktur an. All diese Faktoren tragen dazu bei, dass die globale Investitionstätig-

keit zunehmen dürfte. Die deutschen Unternehmen wollen selber auch mehr im Ausland investieren – das dürfte ebenfalls mit einer höheren Auslandsnachfrage nach Investitionsgütern einhergehen.

Ölpreisdoping hält an ...

Der Ölpreis liegt zwar deutlich über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg ist nun aber gebremst. Üblicherweise sind günstige Rohstoffe Zeichen einer schwachen Konjunktur. Am aktuellen Rand geht die anziehende Nachfrage beim Öl aber mit Angebotsausweitungen einher. Zwar sind Saudi-Arabien und Russland fest entschlossen, eine Verlängerung der Förderkürzungen zu erreichen, um damit die Preise zu stabilisieren. Doch reagiert die Ölförderung in den USA flexibel auf höhere Preise. Diese konterkarieren die OPEC-Anstrengungen zum Abbau der globalen Lagerbestände. In der Summe macht dies signifikante Preisanstiege unwahrscheinlich. Daher nehmen unter dem Strich etwas weniger Betriebe die Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise als Risiko wahr (31 nach zuvor 32%). Beim Tiefstwert vor einem Jahr waren es freilich nur 24 Prozent. Der jüngste Rückgang der Nennung resultiert vor allem aus der Entspannung im Verkehrssektor (um fünf Punkte auf 46%), der in besonderem Maße von der günstigen Preisentwicklung beim Kraftstoff abhängt. So nennen im Straßengüterverkehr, im Taxigewerbe und vor allem in der Luftfahrt spürbar weniger Betriebe das Geschäftsrisiko „Energie- und Rohstoffkosten“.

... aber Stromkosten steigen

Die Preise für Strom steigen hingegen. Dazu trägt unter anderem die höhere EEG-Umlage sowie neue Zusatzbelastungen bei der Eigenstromproduktion bei. Daher gewinnt das Risiko „Energie- und Rohstoffpreise“ in der Industrie und in der Bauwirtschaft weiter an Bedeutung (Anstieg um jeweils einen Punkt auf 48 bzw. 33%). Vor allem aus Sicht der energieintensiven Vorleistungsgüterhersteller nehmen die Sorgen weiter zu (59%; 55% zu Jahresbeginn 2017, 40% im Vorjahr), am stärksten in der Gummi- und Kunststoffindustrie (um zehn Punkte auf 72%; Vorjahr: 51%).

Energiepreise weiterhin Top-Risiko für Exporteure

Die exportierenden Industrieunternehmen nennen die Energie- und Rohstoffpreise am heimischen Standort weiterhin am häufigsten als Risiko für ihre Geschäftsentwicklung. Fast jedes zweite Unternehmen sieht sich hiervon betroffen (48 nach 46 Punkte). Hierbei fallen bei den exportierenden Unternehmen vor allem die heimischen Zusatzlasten ins Gewicht, die ausländischen Wettbewerbern erspart bleiben. Zwar steigen im Zuge des Preisanstiegs an den globalen Rohstoffmärkten die Einkaufspreise sowohl für die deutschen Unternehmen als auch für die Wettbewerber. Zusatzbelastungen wie etwa die EEG- und KWK-Umlage haben aber nur die deutschen Unternehmen zu tragen. Sie stellen somit einen Nachteil im globalen Wettbe-

werb und damit für zahlreiche Betriebe ein großes Risiko für ihre weltweite Geschäftstätigkeit dar. Viele Exportbetriebe nennen die steigenden Strompreise und die heimische Energiepolitik in den Freitextantworten explizit als wirtschaftspolitisches Risiko.